Die österreichische Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017

Reinhold Gärtner

Édition électronique

URL : <https://journals.openedition.org/allemande/641>

DOI : 10.4000/allemande.641

ISSN : 2605-7913

Éditeur

Société d'études allemandes

Édition imprimée

Date de publication : 30 juin 2018

Pagination : 105-114

ISSN : 0035-0974

Référence électronique

Reinhold Gärtner, „Die österreichische Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017“, *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* [Online], 50-1 | 2018, Online erschienen am: 30 Juni 2019, abgerufen am 01 Juni 2022. URL: <http://journals.openedition.org/allemande/641> ; DOI: <https://doi.org/10.4000/allemande.641>

Die österreichische Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017

■ Reinhold Gärtner*

Mitte Oktober 2017 wurde also in Österreich gewählt. Im Jahr 2007 war die Dauer der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre erhöht worden, der nächste planmäßige Wahltermin nach 2013 wäre also auf das Jahr 2018 gefallen. Wie bereits in früheren Zeiten wiederholt praktiziert (zuletzt 1995, 2002 und 2008), wurden wieder einmal vorgezogene Neuwahlen initiiert und damit schritten die österreichischen WählerInnen bereits im Jahr 2017 zu den Wahlurnen.

Die Vorgeschichte – die ÖVP

Seit 2007 bildete eine große Koalition aus SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) und ÖVP (Österreichische Volkspartei) die österreichische Bundesregierung.

Dass die Koalitionsregierung von SPÖ und ÖVP 2017 ihrem Ende zusteuerte, war keine Überraschung mehr. Zu heftig waren die innerkoalitionären Störfeuer hör- und sichtbar, zu deutlich waren Erosionen spürbar geworden. Als im Jahr 2016 der damalige Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) abdanken und seinem Nachfolger Christian Kern Platz machen musste, schien ein frischer Wind in die Regierung zu kommen. Vor allem die Zusammenarbeit zwischen dem neuen Bundeskanzler Kern und dem damaligen ÖVP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner ließ auf eine konstruktive Zukunft schließen. Mitterlehner hatte 2014 die Funktion des Vizekanzlers und ÖVP Parteibmanns übernommen und war einer der konstruktiven Partner in der SPÖ-ÖVP Koalition. Als im Jahr 2015 in vier Bundesländern die neuen Landtage gewählt wurden, konnte die ÖVP allerdings nicht reüssieren: Im Burgenland fiel sie von 34,6% auf 29,1%; in der Steiermark von 37,2% auf 28,5%, in Oberösterreich von 46,8% auf 36,4% und in Wien von ohnehin bereits sehr schwachen 14,0% auf 9,2%.

* Univ.-Professor am Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck.

Zwar konnte in der Steiermark die Position des Landeshauptmanns wiedergewonnen werden, im Burgenland allerdings fiel die ÖVP aus der Landesregierung.

Im Jahr 2016 kam schließlich der ÖVP-Kandidat Andreas Khol bei der Bundespräsidentenwahl auf katastrophale 11,1% (dem SPÖ-Kandidaten Rudolf Hundsdorfer erging es mit 11,3% nicht wirklich besser). Innerhalb der ÖVP begann das langsame Sägen am Sessel des Parteiobmanns Mitterlehner – verstärkt wurde diese parteiinterne Nervosität durch die anfängliche Strahlkraft des neuen SPÖ-Bundeskanzlers Christian Kern. Und im Hintergrund bereitete Außenminister Sebastian Kurz seine Machtübernahme penibel vor. Bereits im März 2016 bewies der damalige ÖVP-Landeshauptmann von Niederösterreich, Erwin Pröll, seine Macht: Er beorderte kurzerhand Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) zurück nach Niederösterreich und schickte seinen Stellvertreter Wolfgang Sobotka (ÖVP) als neuen Innenminister nach Wien: Prölls Nachfolgerin in Niederösterreich sollte Mikl-Leitner und nicht Sobotka werden.

Bundesparteiobmann Mitterlehner konnte lediglich gute Miene zu diesem Spiel signalisieren. Verhindern konnte er diese Rochade nicht. Und Sobotka wurde – neben anderen – in der Folgezeit zu einem der Störfaktoren in der SPÖ-ÖVP Regierung. Sebastian Kurz blieb (noch) im Hintergrund, im Vordergrund waren machtbessene Egozentriker wie Erwin Pröll, Wolfgang Sobotka oder Reinhold Lopatka.

Im Mai 2017 war für Mitterlehner schließlich der *point of no return* erreicht und er erklärte seinen Rückzug aus der Politik: Es sei ein Paradoxon und damit unmöglich, betonte er mit Blickrichtung auf die parteiinternen Querulanten, gleichzeitig Regierungsarbeit zu leisten und Opposition zu sein. Er sei kein Platzhalter, der sich von anderen Zeitpunkt, Struktur oder Konditionen seines Abschieds aus der Politik diktieren lasse.

Damit war für Sebastian Kurz der Augenblick der Machtübernahme in der ÖVP gekommen. Er konnte eine am Boden liegende ÖVP mit Forderungen konfrontieren, die vor ihm noch kein Parteiobmann gewagt hatte: Eine weitgehende Ruhigstellung der in der ÖVP so mächtigen Teilorganisationen (vor allem ÖAAB [Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund], Bauernbund und Wirtschaftsbund) und er konnte die (All)macht der Landeshauptleute eindämmen. Dabei kamen ihm die Rücktritte von Josef Pühringer in Oberösterreich⁽¹⁾ und Erwin Pröll in Niederösterreich⁽²⁾ sehr gelegen. Kurz änderte die Parteifarbe von schwarz auf türkis und trat mit seiner *Liste Sebastian Kurz – die neue ÖVP* zur Nationalratswahl an. Vorher, bereits am Tag nach Mitterlehners Abschied, trat Kurz mit der Forderung nach einer Neuwahl an die Öffentlichkeit.

Die Vorgeschichte – die SPÖ

In der SPÖ wurde die bemerkenswerte Schwäche des Bundeskanzlers Werner Faymann spätestens am 1. Mai 2016 sichtbar: Den traditionellen Maiaufmarsch der Sozialdemokraten in Wien kommentierte die Tageszeitung *Die Presse* mit folgenden Worten: „Das hat es in der SPÖ noch nie gegeben: Parteichef und Bundeskanzler

1 ÖVP; Landeshauptmann von 1995-2017.

2 Landeshauptmann von 1992-2017.

Werner Faymann ist am 1. Mai auf dem Wiener Rathausplatz ausgebuht und ausgepöffelt worden – und konnte seine extrem kurze Ansprache nur unter empfindlichen Störungen zu Ende bringen. Damit ist die Obmanndebatte, die schon seit der Präsidentschaftswahl am vergangenen Sonntag schwelt, neu aufgebrochen.“ Bei dieser Wahl hatte der SPÖ-Kandidat Rudolf Hundsdorfer, wie erwähnt, mit 11,3% ein ebenso desaströses Ergebnis eingefahren wie Andreas Khol von der ÖVP. Bei Bundespräsidentenwahlen (die erste Direktwahl eines österreichischen Bundespräsidenten fand 1951 statt) hatten die Kandidaten von SPÖ und ÖVP bisher zusammen zumindest 75% der Stimmen erreicht – diesmal waren es magere 22,4%. Am 24. April 2016 lag die unabhängige Kandidatin Irmgard Griss mit 18,9% nur knapp unter dem Ergebnis der beiden.

Nach kurzer parteiinterner Debatte erklärte Faymann wenige Tage nach diesem 1. Mai seinen Rücktritt und ein strahlender Bundeskanzler und Parteiobmann Christian Kern wurde der Öffentlichkeit präsentiert. Christian Kern hatte, ähnlich wie Sebastian Kurz in der ÖVP, die Machtübernahme in der SPÖ penibel geplant und vorbereitet: „In der medialen Diskussion um die Machtübernahme von Kurz geht dabei unter, dass Christian Kern den Sturz Werner Faymanns, die Übernahme der SPÖ und seinen Wechsel ins Kanzleramt ebenso lange, ebenso akribisch und ebenso geheim geplant hat“, schreibt dazu Christoph Ulbrich im *Semiosisblog*⁽³⁾. Dass die Kanzlerschaft Christian Kerns die bislang kürzeste der Zweiten Republik in Österreich sein würde, daran dachte in der SPÖ zu diesem Zeitpunkt noch niemand.

Der Wahlkampf

Nach dieser Vorgeschichte konnte es für niemanden mehr eine große Überraschung sein, dass die Nationalratswahl nun im Oktober 2017 stattfinden werde. Was sich allerdings abzeichnete, war ein Dreikampf zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) um die Führung. Einer aus dem Trio Christian Kern, Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache (FPÖ) würde der künftige österreichische Bundeskanzler sein. Eine Neuauflage der SPÖ-ÖVP Koalition schien ausgeschlossen, blieb also eine ÖVP-FPÖ Koalition oder aber eine zwischen SPÖ und FPÖ. Dabei stand speziell die SPÖ vor einem Dilemma: Seit den 1990er Jahren war (und ist) eine Koalition mit der rechtspopulistischen FPÖ unvereinbar mit dem diesbezüglich nach wie vor gültigen Bundesparteibeschluss. Allerdings hatte 2015 im Burgenland Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) eine solche Koalition mit der FPÖ begründet und diese in die Landesregierung geholt. Niessl und einige weitere Pragmatiker in der SPÖ favorisierten diese Regierungskoalition auch für die Bundesebene, für andere innerhalb der SPÖ galt (und gilt) dies nach wie vor als ausgeschlossen.

Der Wahlkampf der SPÖ zeichnete sich primär durch Pannen aus. Vom missglückten Engagement des Politikberaters Tal Silberstein angefangen bis zu peinlichen *Dirty Campaigning* Versuchen Einzelner blieb nichts unversucht, die Spitzenposition aufzugeben. Wenngleich andere Parteien in Bezug auf *Dirty Campaigning* nicht nachstanden, blieb der SPÖ der Makel, damit angefangen zu haben.

3 <https://www.semiosis.at/2017/09/23/christian-kern-geheimer-plan-ein-rueckblick-in-den-mai-2016/>

Die FPÖ spielte wie immer auf der Klaviatur des Rechtspopulismus, der Ausgrenzung und Xenophobie und die ÖVP rückte weit nach rechts, sodass die Positionen vom FPÖ und ÖVP einander immer ähnlicher wurden (z.B. in Bezug auf Islamophobie oder vermuteten Missbrauch von Sozialleistungen). Der große Vorteil für Sebastian Kurz und seine neue ÖVP war die Schwäche der alten ÖVP. Er konnte im Wahlkampf mit Slogans wie „Jetzt oder nie“, „Es ist Zeit“ oder der immer wiederkehrenden Forderung nach Veränderung bei vielen den Eindruck erwecken, tatsächlich neu in der Politik bzw. einer künftigen Regierung zu sein – versteckt und vergessen wurde, dass Kurz bereits 2011 Staatssekretär geworden war und seit 2013 als Außenminister der SPÖ-ÖVP Koalitionsregierung agiert hatte.

Schwierig wurde die Situation für die kleineren Parteien. Das bei seiner Gründung 2012 noch bejubelte *Team Stronach* erledigte sich selbst und trat zur Wahl gar nicht mehr an. Die Grünen hatten mit dem Rauswurf der jungen Grünen im Frühjahr 2017 katastrophales Krisenmanagement betrieben; es folgte kurz später der Rücktritt der Bundessprecherin Eva Glawischnig und im Juli trat der langjährige Abgeordnete Peter Pilz aus der Partei aus und gründete eine eigene *Liste Peter Pilz*. Es folgte, was manche befürchtet hatten: Die Grünen scheiterten an der 4% Hürde und die Liste Pilz schaffte mit 4,4% den Einzug in den Nationalrat. Listengründer Peter Pilz allerdings konnte aufgrund gravierender Vorwürfe (vermuteter sexueller Missbrauch) nicht in den Nationalrat einziehen. Die NEOS schafften wie schon 2013 den Sprung in den Nationalrat. Was vom Wahlkampf retrospektiv in Erinnerung bleibt ist bei allen Parteien eine durchgehend gähnende inhaltliche Leere.

Die Wahl

Am 15. Oktober fand schließlich die Nationalratswahl statt. Bei der vorangegangenen Wahl im September 2013 hatte die SPÖ mit 36,8% die meisten Stimmen erreicht, zweiter wurde die ÖVP mit 24%, gefolgt von der FPÖ mit 20,5%. Die Grünen konnten mit 12,4% das bis dahin beste Ergebnis bei Nationalratswahlen einfahren; NEOS und *Team Stronach* zogen erstmals in den Nationalrat ein.

In den Meinungsumfragen zur Nationalratswahl 2017 lag die ÖVP seit Juli 2017 konstant (und deutlich) an erster Stelle, SPÖ und FPÖ wechselten beim zweiten und dritten Platz. Ernsthafte Chancen auf den Einzug in den Nationalrat wurden der Liste Peter Pilz zugerechnet, der Wiedereinzug der NEOS war sehr wahrscheinlich, während der Wiedereinzug der Grünen mehr und mehr in Gefahr schien.

Das Endergebnis zeigte die ÖVP tatsächlich deutlich an erster Stelle (33,1%); die SPÖ (26,9%) konnte das Ergebnis von 2013 in etwa halten, die FPÖ (26%) deutlich zulegen. Die NEOS waren mit 5,3% etwas stärker als 2013 und die Liste Peter Pilz konnte – wie eben erwähnt – mit 4,4% in den Nationalrat einziehen. Ein Schockerlebnis bedeuteten die 3,8% für die Grünen, die damit an der 4-Prozent Hürde und am Wiedereinzug in den Nationalrat scheiterten.

Die ÖVP hatte – mit Ausnahme von 2002 – in den Jahren seit 1970 niemals den ersten Platz erringen können; vielmehr hatte die ÖVP in diesen Jahren einen doch deutlichen Bedeutungsverlust erleben müssen: mit wenigen Ausnahmen (1983, 1995, 2002) hatte die ÖVP seit 1970 bei den Nationalratswahlen ein jeweils schlechteres Ergebnis als bei den Wahlen unmittelbar davor eingefahren; von 44,7% (1970) bis hinunter auf

24% (2013). Nun also war der Abwärtstrend gestoppt. Ob dies von Dauer sein wird, werden künftige Wahlen zeigen.

Die SPÖ landete zwar minimal über dem Ergebnis von 2013 (26,8%), dieses Ergebnis konnte aber nur ein schwacher Trost dafür sein, dass das historisch schlechteste Ergebnis von 2013 gerade einmal um 0,1% (ganz genau um 0,04%) übertroffen wurde. Seit 1979 musste die SPÖ einen ähnlichen Abwärtstrend wie die ÖVP erleben (Ausnahmen mit geringfügigen Zuwächsen waren 1995 und 2002); überdies musste erst zum zweiten Mal seit 1970 (!!) der erste Platz an die ÖVP abgegeben werden.

Die Grünen waren 1986 erstmals in den Nationalrat eingezogen, der seitdem fast kontinuierliche Aufwärtstrend wurde nun abrupt gestoppt. Wie es mit den Grünen weitergeht, werden zunächst die Landtagswahlen im Jahr 2018 (in Niederösterreich, Tirol, Salzburg und Kärnten) zeigen.

Exit polls zeigten einige bemerkenswerte Ergebnisse dieser Nationalratswahl 2017⁽⁴⁾:

- Von jenen WählerInnen, die 2013 das Team Stronach gewählt hatten, gingen 42% zur ÖVP und 36% zur FPÖ.
- Lediglich 25% der Grün-WählerInnen von 2013 wählten diesmal erneut die Grünen; 28% aber wechselten zur SPÖ und 14% zur ÖVP.
- Immerhin 30% der NichtwählerInnen von 2013 gingen diesmal zur Wahl: 9% votierten für die SPÖ, je 7% für ÖVP bzw. FPÖ.
- SPÖ (76%), ÖVP (84%) und FPÖ (73%) konnten einen beträchtlichen Teil ihrer WählerInnen von 2013 erneut für sich gewinnen.
- Die Wahlbeteiligung stieg von 74,9% (2013) auf beachtliche 80%.
- Den Grünen fehlten etwa 10.000 Stimmen für den Wiedereinzug in den Nationalrat; allein an die Liste Peter Pilz verloren sie 67.000 Stimmen.
- Der Wechselwähleranteil stieg einmal mehr: waren 1983 lediglich 18% WechselwählerInnen, so waren dies bei der NRW 2017 bereits 55% (2013 waren es 53%)⁽⁵⁾.

Nach der Wahl wurde überlegt, welche Parteien in Hinkunft in der Regierung vertreten sein würden. Eine SPÖ-FPÖ Koalition war relativ unwahrscheinlich und vor allem – wie bereits erwähnt – innerhalb der SPÖ doch einigermaßen umstritten, eine Neuaufgabe der SPÖ-ÖVP Koalition war extrem unwahrscheinlich. Medial wurde kurz diskutiert, ob eine ÖVP-Minderheitsregierung möglich sein könnte, dagegen sprach, dass Österreich, zum einen, sehr wenig Erfahrung mit einer Minderheitsregierung hatte (erst einmal, 1970-1971 wurde diese Variante praktiziert), zum anderen diese Regierungsform doch einigermaßen instabil zu sein schien.

Die Regierungsvariante der Großen Koalition war im Österreich der Zweite Republik, also seit 1945, sehr populär. Dies geht auf die Konsenspolitik der damals beiden großen Parteien ÖVP und SPÖ zurück. Nach den Erfahrungen in der Ersten Republik (extreme gesellschaftliche und politische Fragmentierung durch die politischen Lager; Ausschaltung des Parlaments im März 1933; Bürgerkrieg und nachfolgendes Verbot der Sozialdemokraten 1934; Austrofaschismus) und der nationalsozialistischen Diktatur wollten die politischen Eliten nach 1945 einen Neubeginn, der wesentlich auf

4 Daten soweit nicht anders angegeben aus: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/waehlerstromanalysen/nrw17.html>

5 http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2017_NRW_Grafiken-Wahltagsbefragung.pdf

Zusammenarbeit der beiden großen politischen (und gesellschaftlichen) Gruppen baute. Deshalb gab es eine erste Phase großer Koalitionen (1945-1966), auch in der darauf folgenden Zeit der Alleinregierungen (1966-1970 ÖVP und anschließend bis 1983 SPÖ) blieben Konsens und Proporz wichtige Bestandteile österreichischer Innenpolitik. Von 1987-2000 war wiederum eine längere Phase der großen Koalition und auch in der Zeit von 2007-2017 – obwohl die beiden ehemals Großen bereits beträchtlich geschrumpft waren.

Blieb 2017 also die Möglichkeit einer ÖVP-FPÖ Koalition. Innerhalb der FPÖ bestanden Bedenken, dass die Fehler des ersten Versuchs einer ÖVP-FPÖ Koalition (2000-2007) wiederholt werden könnten. Damals implodierte die FPÖ innerhalb kürzester Zeit und die Erinnerung daran löst bei manchen FPÖ-AkteurInnen nach wie vor traumatische Gedanken aus.

Für die ÖVP stand relativ wenig auf dem Spiel: man konnte mit einem doch deutlich schwächeren Partner in die Regierung gehen und seine Handschrift dementsprechend sichtbar werden lassen. Relativ rasch kamen die beiden Parteien zu Gesprächen zusammen und ebenso relativ rasch wurde am 18.12.2017 – zwei Monate nach der Wahl – die neue Regierung von Bundespräsident Alexander van der Bellen angelobt.

Die FPÖ in der Regierung

1983 war die FPÖ erstmals in eine Bundesregierung eingezogen, damals als Juniorpartner der SPÖ. In dieser Zeit war die FPÖ versucht, stärker ihr (national)liberales Profil zu zeigen; der Deutschnationalismus wurde im Hintergrund versteckt. In den Folgejahren sank der WählerInnenzuspruch aber kontinuierlich und diese Entwicklung führte 1986 zur Entmachtung des damaligen Parteiobermanns Norbert Steger und zu seiner Ablöse durch Jörg Haider – das bedeutete gleichzeitig die Beendigung der Regierungszusammenarbeit und den Beginn einer neuerlichen Phase der Großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP bzw. der Oppositionsrolle für die FPÖ. Bei der Nationalratswahl 1999 konnte die FPÖ dann allerdings mit 26,9% ihr bestes Ergebnis bei Nationalratswahlen einfahren, die Folge war eine neuerliche Regierungsbeteiligung – diesmal mit der ÖVP. Diese Phase (bis 2007) war von enormen innerparteilichen Turbulenzen begleitet: zum einen versuchte die Regierungsmannschaft der FPÖ Regierungsarbeit zu leisten, zum anderen kamen speziell von Jörg Haider, damals Landeshauptmann in Kärnten, permanente Störversuche. Diese Phase kulminierte im FPÖ-Sonderparteitag von Knittelfeld im September 2002, dem dort verkündeten Rückzug mehrerer FPÖ-Minister und der Aufkündigung der Regierungszusammenarbeit durch den damaligen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP). Die Koalition zwischen ÖVP und FPÖ wurde zwar nach der Nationalratswahl von 2002 fortgesetzt – allerdings mit einer deutlich erstarkten ÖVP (von 26,9% im Jahr 1999 auf 42,3%) und einer ebenso deutlich geschwächten FPÖ (von 26,9% im Jahr 1999 auf 10% im Jahr 2002). Überdies war die Performance der FPÖ-MinisterInnen ab 2000 relativ schwach, davon zeugt die doch massive Fluktuation unter den FPÖ-Regierungsmitgliedern: als erster nahm Justizminister Krüger nach nur 28 Tagen seinen Hut, ihm folgte Sozialministerin Sickl nach 8 Monaten und im Ministerium für Verkehr, Innovation und Technologie standen von 2000-2002 mit Schmid, Forstinger und Reichhold gleich drei Personen an der Spitze des Ministeriums. Dieser Trend wurde in der

Regierung Schüssel II (2003-2007) fortgesetzt: drei Ministerien wurden von der FPÖ besetzt, in keinem aber blieb eine Person durchgehend im Amt.

Die FPÖ war bzw. ist auch in zahlreichen Landesregierungen vertreten. Aktuell (Anfang 2018) gibt es eine Regierungszusammenarbeit auf Landesebene in Oberösterreich (mit der ÖVP) und im Burgenland (mit der SPÖ); in Niederösterreich ist die FPÖ aufgrund des dort gültigen Proporzprinzips in der Landesregierung vertreten. In Kärnten war mit Jörg Haider ein Vertreter der FPÖ lange Jahre Landeshauptmann (1989-1991 und 1999-2008, ab April 2005 allerdings als Vertreter des BZÖ [Bündnis Zukunft Österreich], einer von Haider initiierten Abspaltung von der FPÖ). Die Fehler von 2000 und den Folgejahren wollte die FPÖ 2017 unbedingt vermeiden

Wer ist nun diese FPÖ, die nicht nur in Österreich so viel Aufsehen erregt? Die FPÖ wurde 1956 gegründet und der erste Parteiobmann war mit Anton Reinthaller ein ehemaliges NSDAP-Mitglied und ein ehemaliger SS-Brigadeführer. Reinthaller war hoher Funktionär zur Zeit des Nationalsozialismus und wurde nach 1945 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Mit Friedrich Peter übernahm ein ehemaliges Mitglied der Waffen-SS (Peter war Obersturmführer) 1958 die Obmannschaft der FPÖ. Die FPÖ war also im Lager der ehemaligen Nationalsozialisten fest verankert. In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren wurde versucht, die FPÖ in Richtung (National)Liberalismus zu öffnen, mit 1986 war dieses kurze Intermezzo aber wieder vorbei. In den Folgejahren kamen nicht nur von Jörg Haider immer wieder mehr oder weniger offene positive Anspielungen an den Nationalsozialismus. Dies war einer der Hauptgründe dafür, dass die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahre 2000 von zahlreichen anderen Ländern mit deutlicher Skepsis beobachtet wurde. Mit der FPÖ war 2000 also nicht nur eine rechtspopulistische Partei in die Regierung eingezogen, sondern eine Partei, die sich in ihrer Geschichte bis dahin nicht eindeutig vom Nationalsozialismus distanzieren konnte.

Von den damals 14 anderen EU-Mitgliedsländern wurden bilaterale Maßnahmen beschlossen; in einem abschließenden Bericht⁽⁶⁾ wurde unter anderem die „Natur der FPÖ“ untersucht und das Ergebnis war, dass die FPÖ zu Recht als „rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise“ bezeichnet werden müsse. Immer wieder kämen von der FPÖ Formulierungen, „die typisch nationalsozialistischen Ausdrücken nahekamen“. Bereits bei seinem Sturz durch Jörg Haider im Jahr 1986 hatte Norbert Steger, bis dahin FPÖ-Parteiobmann, von einem „Putsch der Kellernazis“ gesprochen.

Obwohl der nunmehrige Vizekanzler Heinz Christian Strache (FPÖ) seit einiger Zeit versucht, diese Anklänge an den Nationalsozialismus zu vermeiden, bleiben entsprechende Anspielungen nach wie vor hör- und sichtbar. Um nur ein Beispiel dazu zu nennen: Als im November 2017 Andreas Bors für die FPÖ in den Bundesrat einziehen sollte, machte ein Foto die Runde, auf dem er – wenige Jahre vorher – mit Hitlergruß posiert hatte.

Neben der rechtspopulistischen Positionierung der FPÖ bleibt deren Anti-Europa-Haltung für viele ein bedenkliches Element. Die FPÖ ist mit vier Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten, diese vier sitzen in der Fraktion ENF (Europa der

6 Weisenbericht, <http://images.derstandard.at/upload/images/bericht.pdf>

Nationen und der Freiheit) Seite an Seite mit Abgeordneten der französischen *Front national*, der niederländischen *PvV*, des *Vlaams Belang*, der Lega Nord, Rechtsauslegern aus Polen und Rumänien oder dem nun für die *blaue Partei* auftretenden vormaligen AfD Abgeordneten Marcus Pretzell. Marine Le Pen jubelte im Dezember 2017 nach dem Eintritt der FPÖ in die neue Koalitionsregierung postwendend, dass nun die EU-Gegner langsam eine Mehrheit bekommen könnten.

Seit Regierungsantritt im Dezember 2017 kamen von ÖVP und FPÖ diesbezüglich beschwichtigende Töne. Man werde selbstverständlich für eine konstruktive Weiterentwicklung der EU eintreten; eine Annäherung an die Visegrad-Staaten sei nicht beabsichtigt. Bedenklich ist in diesem Zusammenhang aber die politische Praxis. Während Bundeskanzler Kurz nach Frankreich und Deutschland reist, fährt der neue FPÖ-Klubobmann im Nationalrat, Johann Gudenus, in die Republika Srpska um die ultranationalistischen Separationsbestrebungen zu unterstützen und es wird bekannt, dass Vizekanzler Strache selbiges noch im September 2017 – etwa zwei Wochen vor der Nationalratswahl – im Fernsehen der Republika Srpska, RSTS, gefordert hatte. Deutschnationale Gruppierungen in Südtirol fordern seit einiger Zeit die Doppelstaatsbürgerschaft für deutsch- und ladinischsprechende SüdtirolerInnen – diese Forderung ist auch im Regierungsabkommen zwischen ÖVP und FPÖ erwähnt. Obwohl dies die Autonomie in Südtirol auf eine ernste Probe stellen könnte, kommen von der neuen Außenministerin nur nichtssagende und ausweichende Kommentare. Insgesamt also ist der EU-Kurs der neuen Regierung bislang vage und unausgegrenzt. Anton Pelinka kommentiert dies in *Die Zeit* (17.01.2018) folgendermaßen: „Die Regierung steigt aus Kerneuropa aus. Darüber können Besuche in Paris und Brüssel nicht hinwegtäuschen: Sollten die Pläne von Macron und Jean-Claude Juncker umgesetzt werden, wird Österreich nicht dabei sein.“

Längerfristig als ernsthafte Gefährdung für die österreichische Politik könnte der wachsende Einfluss schlagender Burschenschaften werden. Unter den farbentragenen Studentenverbindungen gibt es in Österreich zwei große Gruppen: quantitativ mit Abstand am größten sind jene des katholischen Cartellverbandes (CV). Diese haben eine deutliche ideologische Nähe zur ÖVP, bekennen (und bekannten) sich immer zu Österreich und sind religiös geprägt. Im Gegensatz dazu gibt es die Gruppe der (schlagenden) Burschenschaften (dazu zählen u.a. auch Corps und Landsmannschaften), die nicht nur eine klare ideologische Nähe zur FPÖ zeigen, sondern auch ein eindeutiges Bekenntnis zum Deutschnationalismus. Nicht zuletzt deswegen war die Sympathie der Burschenschaften für den Nationalsozialismus sehr ausgeprägt. Überdies waren und sind sie geprägt von massiven antireligiösen Ressentiments. Die österreichischen Burschenschaften sind außerdem politisch deutlich weiter rechts einzuordnen als der Großteil jener in Deutschland. Einige von ihnen sind nicht nur als politisch rechts, sondern als rechtsextrem einzustufen (z.B. Olympia oder Teutonia in Wien).

Im neuen Nationalrat bilden Burschenschafter einen wesentlichen Teil des FPÖ-Klubs. Waren es in der ersten Auflage von ÖVP-FPÖ im Jahr 2000 lediglich acht, sind es jetzt mehr als 15 (von insgesamt 51 FPÖ-Abgeordneten).

Seit 2006 ist Norbert Nemeth Klubdirektor des Freiheitlichen Parlamentsklubs. Er ist u.a. Mitglied der Burschenschaft Olympia und war im Verhandlungsteam der FPÖ bei den Gesprächen zur Regierungsbildung. In den Medien wurde er entsprechend

als „der Ideologe in Straches Team“ bezeichnet. Seine Intention, sein Ziel ist eine konservative Konterrevolution; die 68er Generation habe seiner Meinung nach abgewirtschaftet: „Ich gehe davon aus, dass sich die linken Ideen mit Fortdauer der Geschichte zunehmend als Irrtümer herausstellen. Diese Erkenntnis ist im vollen Gange und wird ein geistiges Vakuum hinterlassen, das wir bereit sein müssen zu füllen“⁽⁷⁾. Der Atterseekreis werde ein neues Denkforum dieser Ideologie sein, so Nemeths Wunschvorstellung. In den 1970er Jahren wurde dieser Atterseekreis als Forum für national-liberales Denken innerhalb der FPÖ installiert, Manfred Haimbuchner, FPÖ-Parteiobermann und Landeshauptmannstellvertreter in Oberösterreich, hatte diese Denkfabrik nun wiederbelebt – allerdings nicht in Richtung Liberalismus. Die Betonung der „Konservativen Revolution“ weckt bewusste Erinnerungen an das historische Vorbild, an Carl Schmitt, Othmar Spann oder Ernst Jünger. Und dass kürzlich Alexander Dobrinth ebenso seine Sehnsucht nach einer konservativen Revolution kundtat, macht die Sache nicht besser. In Österreich griff der neue Innenminister Herbert Kickl diese Idee ebenso auf. Er kommentierte die Forderung Nemeths mit folgenden Worten: „Die 68er versuchten im Namen des Fortschritts zerstörerisch zu wirken. Wenn ich nur an das Aushöhlen der staatlichen Identität oder der Identität des Familienverbundes denke. Diese Regierung steht für einen offensiven Gegenentwurf. Die Thesen der 68er haben sich als falsch herausgestellt. Das Bedürfnis nach Orientierung, Geborgenheit und Heimat wird von uns wieder in ein positives Licht gerückt“⁽⁸⁾.

Ausblick

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ wird kurzfristig nicht wesentlich auffallen. Immerhin finden in den ersten Monaten 2018 vier Landtagswahlen statt. Langfristig aber ist sehr wohl eine Änderung zu erwarten. Der Deutschnationalismus könnte – nicht zuletzt durch den steigenden Einfluss der Burschenschaften – zunehmen.

Ein tendenziell offeneres, liberales gesellschaftliches Klima könnte durch die neuerliche Macht der FPÖ zurückgedrängt werden in Richtung mehr Exklusion, mehr Ausschluss und mehr Rigidität. Damit wird ein Teil der FPÖ-Klientel bedient werden. Ob aber die FPÖ es schafft, anders als 2000, die sozial benachteiligten Gruppen unter ihren Sympathisanten langfristig zufriedenzustellen, bleibt offen.

Das Jahr 2018 könnte für die ÖVP-FPÖ Regierung beruhigend und erfolgreich verlaufen. Bei den Landtagswahlen in Niederösterreich (Jänner), Tirol (Februar) und Salzburg (April) wird die ÖVP weiterhin stärkste Partei werden. In Kärnten (April) bekam sie 2013 magere 14% – sie kann auch hier eigentlich nur Zugewinne erwarten. Die FPÖ hatte in Tirol und Niederösterreich 2013 mit 9,3% bzw. 8,2% sehr bescheidene Ergebnisse, es ist damit auch zu erwarten, dass die FPÖ in diesen beiden Bundesländern erhebliche Stimmengewinne verzeichnen wird. In Kärnten war die FPÖ 2013 massiv eingebrochen – 16,9% bedeutete ein Minus von mehr als 28%. Mit ein Grund war damals das von der FPÖ (mit)verschuldete Fiasko der Hypo Alpe Adria Bank. Auch hier wird die FPÖ sehr deutlich dazugewinnen. Bleibt Salzburg, wo die FPÖ 2013 immerhin 17% errungen hatte.

7 *Tiroler Tageszeitung*, 20.11.2017.

8 *Tiroler Tageszeitung*, 19.01.2018; *Der Standard*, 19.01.2018.

Landtagswahlen 2018

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	neos
Niederösterreich	49,6% -1,2%	23,9% +2,3%	14,8% +6,6%	6,4% -1,7%	5,2%
Tirol	44,3% +4,9%	17,3% +3,5%	15,5% +6,2%	10,7% -1,9%	5,2%
Kärnten	15,5% +1,1%	47,9% +10,8%	23,0% +6,2%	3,1% -9,0%	2,1%

Doch auch in Salzburg wäre ein Misserfolg der FPÖ überraschend. In der zweiten Jahreshälfte 2018 hat Österreich den EU-Ratsvorsitz, deshalb könnte die Regierung auch diese Phase unbeschadet hinter sich bringen.

Die Nagelprobe wird dann spätestens 2019 kommen, wenn die im Wahlkampf angekündigten Veränderungen sichtbar werden müssen: „Konflikte innerhalb der Koalition sind nur eine Frage der Zeit“, schreibt Anton Pelinka⁽⁹⁾. Ein Konfliktherd könnte die Frage nach mehr (FPÖ) oder weniger (ÖVP) Staat sein, ein anderer die Frage pro oder contra EU. Und schließlich sind ÖVP und FPÖ auch in der Frage des Deutschnationalismus unterschiedlicher Meinung. Strahlenden Zeiten, so Pelinka weiter, werde Österreich mit dieser Regierung nicht entgegengehen.

In erster Linie werden über kurz oder lang Inhalte eingefordert werden. Und da zeigt sich bereits nach wenigen Wochen, dass es innerhalb der Regierung dann zu Differenzen kommt, wenn plakative Themen wie Ausländer, Flüchtlinge, Sozialmissbrauch, Rauchen oder Nichtraucherschutz in ihrer Platitude nicht mehr ausreichen sondern die Details präsentiert werden müssen.

Zusammenfassung

Die Nationalratswahl vom Oktober 2017 brachte ein Erstarken von ÖVP und FPÖ. Die ÖVP war im Vorfeld vom neuen Parteiobmann Sebastian Kurz umstrukturiert worden; beide Parteien hatten im Wahlkampf mit rechtspopulistischen Parolen Aufmerksamkeit erregt – bei der FPÖ war dies zu erwarten, bei der ÖVP eine neue Strategie.

Die Regierungskoalition von SPÖ und ÖVP war damit zu Ende und im Dezember 2017 folgte die Angelobung einer neuen österreichischen Bundesregierung von ÖVP und FPÖ. Interessant wird in diesem Zusammenhang u.a. die Frage des zukünftigen EU-Kurses der Regierung sein (immerhin ist die FPÖ Mitglied der EU-skeptischen bis die EU ablehnenden Fraktion ENF im Europäischen Parlament). Auch von Interesse wird sein, wie weit der Einfluss deutschnationaler Burschenschaften innerhalb der FPÖ reichen wird und ob es der FPÖ gelingt, den Dunstkreis des Rechtsextremismus hinter sich zu lassen.